

Die «Arbeitermaut» kommt nicht gut an

Das Postulat der FBP zum Thema Road-Pricing-System wurde wohl überwiesen, stiess aber auf viel Unverständnis bei den Abgeordneten.

Julia Kaufmann

Das Postulat zur Umgestaltung der Motorfahrzeugsteuer in ein Road-Pricing-System der FBP stiess bei den meisten Abgeordneten nicht auf sonderlich viel Gegenliebe – sowohl inhaltlich wie auch zeitlich, da die Überprüfung dieser Variante ohnehin im Rahmen des Mobilitätskonzepts 2030 vorgesehen ist.

Nach einer viel zu lange dauernden Debatte über das Postulat – bei dem generell nichts definitiv entschieden, sondern die Regierung lediglich beauftragt werden kann, etwas zu prüfen – wurde der Vorstoss der FBP letztlich doch noch mit Stichtenscheid des Landtagspräsidenten, der zugleich auch Postulant ist, überwiesen: Nebst den zehn FBP-Abgeordneten stimmten Manuela Haldner-Schierscher und Patrick Risch, beide von der Freien Liste, für die Überweisung. Die VU-Fraktion sprach sich geschlossen dagegen aus. Ein Nein kam ausserdem von den zwei DpL-Abgeordneten und von Georg Kaufmann (FL).

Eine «Arbeitermaut», die diskriminierend ist

Zu Beginn herrschte bei Sebastian Gassner (FBP) Aufbruchsstimmung: «Lasst es uns versuchen und in diesem Thema ein Pilotprojekt starten. Wir können Pionierarbeit leisten.»



Der FBP-Abgeordnete Sebastian Gassner verstand die Welt nicht mehr.

Bild: Daniel Schwendener

Später in der Debatte sollten seine Worte hingegen wie folgt lauten: «Ich verstehe die Welt nicht mehr und bin etwas schockiert über die Reaktionen.» Damit sprach er vor allem die Voten aus den Reihen der VU-Fraktion an, die kaum ein gutes

Haar an der Petition liessen. Dietmar Lampert und Walter Frick bemängelten etwa, dass insbesondere jene Arbeitnehmer zur Kasse gebeten würden, die eher im unteren bis mittleren Einkommensbereich angesiedelt sind. «Wenn das Road-

Pricing-System nur morgens und abends zu den Hauptverkehrszeiten zur Anwendung kommt, sind vor allem Arbeitnehmer aus dem Gewerbe, Handel und der Gastronomie betroffen, die keine flexiblen Arbeitszeiten haben und nicht

im Homeoffice arbeiten können», präzisierte Lampert. Frick gab den Ausführungen seines Parteikollegen den Übertitel «Arbeitermaut», die die arbeitende Bevölkerung diskriminieren würde. Und Mario Wohlwend fragte sich, ob ein Zimmermann seine Dachlatten künftig mit der Liemobil befördern müsse. «Es ist schlicht eine handwerkerfeindliche, privatsphärenkritische Einzelinitiative, deren Theorie in der Praxis zu einem Rohrkrepieler verkommt», resümierte er.

Ebenfalls konnten viele Votanten nicht nachvollziehen, weshalb die Motorfahrzeugsteuer nicht mehr zeitgemäss sein sollte. Stattdessen wurden ergänzende Massnahmen aufgezeigt, die zur Glättung von Verkehrsspitzen beitragen könnten. Genannt wurde etwa die Besteuerung von Hybrid- und Elektrofahrzeugen. Ausserdem sollten der Ausbau von Fahrradwegen und des ÖV-Netzes sowie eine flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung zielgerichtet weiterverfolgt werden. Das betriebliche Mobilitätsmanagement wurde ebenfalls als Möglichkeit genannt, um eine Lenkungswirkung zu erzielen.

Individualverkehr müsse reduziert werden

Als Argument für das Road-Pricing-System führte Sebastian

Gassner ins Feld, dass damit beispielsweise eine U-Bahn finanziert werden könnte. Dies könne im Gegensatz das betriebliche Mobilitätsmanagement oder die Parkplatzbewirtschaftung nicht. Ausserdem würde damit das Verhalten derjenigen belohnt werden, die das Auto öfter zu Hause liessen. «Denn wir müssen den motorisierten Individualverkehr reduzieren», ergänzte FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry. Der Fraktion sei bewusst, dass das Road Pricing im Mobilitätskonzept vorgesehen sei. «Es ist dort aber kein Datum festgehalten, wann dieses System geprüft wird.» Auf den Tisch kommt der Monitoringbericht überdies im Mai-Landtag. Doch die FBP war der Auffassung, dass mehr als nur einmal im Jahr über verkehrspolitische Themen diskutiert werden könne.

Manuela Haldner-Schierscher konnte dem Vorstoss einiges abgewinnen, da das eigene Verhalten damit «endlich ein Preisschild» erhalte. Das Auto sei ein Verlustsystem und die individuelle Mobilität gehöre der Vergangenheit an. Wie letztlich von Johannes Kaiser (FBP) gewünscht, wird das Postulat nun von der Regierung geprüft. «Ungeachtet des Mobilitätskonzepts schadet dies nicht. Es ist eine Chance. Denn die ureigene Aufgabe des Landtags ist es, Themen anzustossen.»

«Gezielte Rezeptur» für Prämienverbilligung

Um leichter eine Prämienverbilligung zu beantragen, übernimmt der Landtag mit grosser Mehrheit das VU-Postulat.

VU oder FBP – welche Partei zuerst die Idee hatte, die Hürden für die Prämienverbilligung zu senken, war umstritten. Angesichts des klaren Abstimmungsergebnisses ist dies jedoch hinfällig: Nur drei der Landtagsabgeordneten (Bettina Petzold-Mähr, Daniel Seger und Karin Zech-Hoop) drückten auf den Nein-Knopf. Die restlichen 21 Abgeordneten sprachen sich klar für das VU-Postulat «Senkung der Hürden für die Prämienverbilligung» aus. Für Sebastian Gassner (FBP) ein klares Zeichen der guten Koalitionsarbeit.

Ja/Nein-Feld in der Steuererklärung

Hintergrund des Postulats: Bislang nutzen weniger als 45 Prozent der Bezugsberechtigten die Möglichkeit, auf ihre Krankenkasse eine Prämienverbilligung zu beantragen. Für Mario Wohlwend (VU), der das Leitvotum hielt, ist «sonnenklar, dass die Kostensteigerung des demografischen Wandels und des technischen Fortschritts in Zukunft nicht allein auf dem Buckel der restlichen Prämienzahler abgewälzt werden kann.» Die Bürger würden bereits jetzt mit Franchise und Selbstbehalt einen beachtlichen Anteil leisten. Trotzdem habe es jeder verdient, «in Würde und Lebensqualität» zu

leben. Wohlwend bereiten vor allem diejenigen Kummer und Sorgen, welche «aus Scham, übertriebener Genügsamkeit oder aus Furcht von Reaktionen auf Hilfe verzichten». Deshalb wird die Regierung gebeten, geeignete Massnahmen zu treffen, um die Hemmschwelle für den Bezug der Prämienverbilligung zu senken.

Die VU schlägt vor, dass der Steuererklärung ein entsprechendes Formular beigelegt wird oder nach Möglichkeit ein Mechanismus zwischen Steuerverwaltung, Amt für Soziale Dienste sowie der Krankenkasse geschaffen wird. So könnte beispielsweise bei der Steuererklärung ein Feld «Prüfung Prämienverbilligung? Ja/Nein» enthalten sein, und mit einem simplen Klick würden die zuständigen Stellen automatisch prüfen, ob man bezugsberechtigt ist oder nicht.

Manfred Kaufmann (VU) wies darauf hin, dass nicht jeder Zugang zu elektronischen Mitteln hat: «Gerade für ältere Menschen ohne Computer, Internet oder Scanner ist heute die Einreichung ein Ding der Unmöglichkeit, weshalb sie allenfalls von einem Antrag absehen.» Er ergänzt, dass es weiterhin möglich sein muss, den Antrag in Papierform einzureichen.

Bei den anschliessenden



Mario Wohlwend hielt das Leitvotum für das VU-Postulat.

Bild: Daniel Schwendener

Wortmeldungen berichtet Georg Kaufmann (FL) aus eigener Erfahrung: «Als Sachverwalter fülle ich jährlich die Anträge aus. Meines Erachtens ist dies schnell und unkompliziert.»

Aber er weist ebenfalls daraufhin, dass viele ältere Menschen überfordert sein können, da sie nicht über die nötigen PC-Kenntnisse verfügen oder schlicht und einfach

niemanden im direkten Umfeld haben, der ihnen beim Ausfüllen helfen könnte. Kaufmann ist sich sicher, dass «der Staat nun zeigen kann, wie ernst es ihm mit dem Bürgerservice

ist.» Parteikollegin Manuela Haldner-Schierscher schliesst sich an: «Knapp über, am oder unter dem Existenzminimum zu leben, ist kein Zuckerschlecken.»

Und dass es für Menschen eine unüberwindbare Hürde darstellen kann, sich an das Amt für Soziale Dienste zu wenden, kann sie nachvollziehen: «Wir müssen Abstand davon nehmen zu sagen, «jeder hat jederzeit die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, was er will.» Es gebe Menschen, die ihre Eigenverantwortung einfach nicht wahrnehmen können, und «für die müssen wir schauen.»

Ein Viertel mehr Anträge im vergangenen Jahr

Regierungsrat Manuel Frick ist nicht der Meinung, dass unüberwindbare bürokratische Hürden bestehen oder eine Stigmatisierung stattfindet, wenn sich jemand an das Amt für Soziale Dienste wendet, um Hilfe beim Ausfüllen des Formulars zu erhalten.

Frick nannte die Zahlen der Anträge der letzten Jahre: 2020 beantragten 4788 Personen eine Prämienverbilligung, im vergangenen Jahr stieg die Zahl um 23 Prozent auf 5903.

Julia Strauss